

17.03.2021

Niederschrift 002/2021

Kreistag

am 25.02.2021 | Kamener Stadthalle | Rathausplatz 2 | 59174 Kamen

Beginn 16:00 Uhr

Ende 19:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Mario Löhr

Kreistagmitglieder SPD

Frau Heike Bartmann-Scherding

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Martina Eickhoff

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Frau Heike Gutzmerow

Herr Jens Hebebrand

Herr Jürgen Kerl

Anwesend bis 18.10 Uhr

Herr Jens Krammenschneider-Hunscha

Herr Sascha Alexander Kudella

Herr Wilhelm Null

Frau Sigrid Reihls

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Frau Bettina Schwab-Losbrodt

Frau Simone Symma

Frau Annette Maria Thomae

Herr Martin Wiggermann

Herr Uwe Zühlke

Kreistagmitglieder CDU

Frau Antje Bellaire

Frau Annika Brauksiepe

Herr Peter Dörner

Frau Annette Droege-Middel

Herr Wilfried Feldmann

Frau Claudia Gebhard

Herr Hubert Hüppe

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Jan-Eike Kersting
Herr Herbert Krusel
Herr Olaf Lauschner
Frau Susanne Melchert
Herr Gerhard Meyer
Herr Martin Niessner
Frau Martina Plath
Herr Marco Morten Pufke
Frau Ursula Schmidt
Herr Michael Zolda

Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag

Herr Hans-Ulrich Bangert
Herr Herbert Goldmann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Kirsten Reschke
Frau Stephanie Schmidt
Frau Anke Schneider
Herr Reinhard Streibel

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Daniela Heil
Herr Dr. Gerrit Heil
Frau Marion Küpper
Herr Timon Lütschen

Anwesend bis 18.10 Uhr

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann
Frau Claudia Lange
Herr Andreas Wette

Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm

Herr Udo Gabriel
Frau Petra Ondrejka-Weber
Herr Dr. Hubert Seier

Kreistagsmitglieder GFL + WfU

Herr Andreas Dahlke
Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel
Frau Margarethe Strathoff

Anwesend bis 18.10 Uhr

Kreistagsmitglieder FW Kreisverband Unna / FAMILIE

Herr Helmut Stalz

Anwesend bis 18.10 Uhr

Verwaltung

Herr Mike-Sebastian Janke
Herr Ludwig Holzbeck,
Herr Torsten Göpfert
Herr Uwe Hasche
Herr Ferdinand Adam
Frau Sengül Ersan
Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

Kreisdirektor | Dezernat I
Dezernat II
Dezernat III
Dezernat IV
Fachdienstleiter 10
Stabsstellenleiterin LK
Büro LK | Schriftführerin

Abwesend:**Kreistagmitglieder SPD**

Frau Christine Hupe

Frau Sabine Lutz-Kunz

Kreistagmitglieder CDU

Herr Carl Schulz-Gahmen

Frau Vera Volkmann

Kreistagmitglieder GRÜNE im Kreistag

Herr Thomas Möller

Frau Patricia Esther Morgenthal

Kreistagmitglieder FW Kreisverband Unna / FAMILIE

Herr Ralf Piekenbrock

Herr Landrat Löhr begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 11.02.2021 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Der Landrat bittet darum, aus Gründen der Übersichtlichkeit bei den in der Sitzung anstehenden Abstimmungen die auf den Plätzen bereitliegenden farbigen Abstimmungskarten zu nutzen.

Er teilt zudem mit, dass der Hellweger Anzeiger beabsichtige, Fotos und bewegte Bilder von den Redner*innen zu machen. Hiergegen ergeben sich keine Einwände.

Es besteht Einvernehmen über den Vorschlag des Landrates, den Antrag der Fraktionen SPD, CDU und GRÜNE im Kreistag (DS 061/21) und die bisherigen Punkte 12 und 13 unter dem gemeinsamen Oberpunkt 12 „Aussetzen von Elternbeiträgen“ zu behandeln. Die nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend.

Herr Landrat Löhr teilt zudem mit, dass die Drucksache 051/21 – Moratorium Westtangente/OWIIa – von den Antragsstellern zurückgezogen worden sei.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- | | | |
|----------------|----------|--|
| Punkt 1 | | Bestellung einer Schriftführerin |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 3 | 001/21/1 | Ersatzwahlen zur Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien |
| Punkt 4 | | Haushalt 2021 - Verabschiedung |

Punkt 4.1		Haushaltsreden
Punkt 4.2	190/20/1	Stellenplan für das Jahr 2021
Punkt 4.2.1	043/21	Personelle Verbesserung des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung; Antrag der Fraktion GfL+WfU vom 05.02.201
Punkt 4.3	189/20/1	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021; Änderungen des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden
Punkt 4.3.1	003/21	Sanierung des Schulhofs sowie Anschaffung neuer Spielgeräte am Kreis-Förderzentrum Nord in Lünen; Antrag der Fraktion GFL + WfU vom 14.12.2020
Punkt 4.3.2	036/21	Instandsetzung des Förderzentrums Nord - Standort Lünen; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2021
Punkt 4.3.3	057/21	Änderungs-/Ergänzungsantrag zum Antrag der SPD-Fraktion zur Instandsetzung des Förderzentrums Nord (DS 036/21); Antrag der Fraktion GFL + WfU vom 23.02.2021
Punkt 4.3.4	035/21	Neubau einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" in Lünen; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2021
Punkt 4.3.5	048/21	Neubau einer Förderschule mit dem Schwerpunkt "Geistige Entwicklung" in Lünen; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen GRÜNE im Kreistag und FDP vom 15.02.2021 zum Antrag der SPD-Fraktion (DS 035/21)
Punkt 4.3.6	058/21	Ergänzungsantrag zum SPD-Antrag "Neubau einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" im Stadtgebiet Lünen" (DS 035/21) - Schwimmhalle; Antrag der Fraktion GFL + WfU vom 23.02.2021
Punkt 4.3.7	034/21	Digitalisierungskonzept für die Kulturangebote des Kreises Unna; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2021
Punkt 4.3.8	033/21	Finanzielle Förderung eines kreisweiten Bündnisses für mehr Pflegepersonal in der Altenpflege - Ergänzung des Beschlussvorschlags der Drucksache 225/20; Antrag der SPD- Fraktion vom 30.01.2021
Punkt 4.3.9	038/21	Haushaltsantrag zum Kinder- und Jugendförderplan 2021-2025; Antrag der Fraktionen SPD, GRÜNE im Kreistag und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.01.2021
Punkt 4.3.10	023/21	Informationskampagne zu Corona-Impfungen; Antrag der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag und FDP vom 30.01.2021
Punkt 4.3.11	039/21	Aus- und Umbau von Radwegen im Kreis Unna; Antrag der Fraktionen SPD und GRÜNE im Kreistag vom 30.01.2021
Punkt 4.3.12	049/21	Reduzierung der Ausgleichsrücklage und entsprechende Senkung der Kreisumlage im Zeitraum 2021 bis 2023; Antrag der Fraktion GfL+WfU vom 18.02.2021

Punkt 5	009/21	Beteiligung des Kreises Unna an der VIRTEUM gGmbH
Punkt 6	014/21	Fortführung der Beteiligung der VBU-Gruppe am MVA Hamm-Verbund ab dem 01.01.2023
Punkt 7	025/21	Übertragung des öffentlichen Teils der Kreistagssitzungen per Live-Stream
Punkt 7.1	026/21	Konzept zur Online-Übertragung der öffentlichen Kreistagssitzungen; Antrag der Fraktionen GRÜNE im Kreistag und FDP vom 27.01.2021
Punkt 8	225/20	Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2020
Punkt 9	223/20	Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen; Abschluss einer Vereinbarung
Punkt 10	030/21	Errichtung des kaufmännischen Bildungsganges „Fachlageristin / Fachlagerist“ gemäß Anlage A der APO-BK am Lippe Berufskolleg in Lünen zum Schuljahr 2021 / 2022
Punkt 11	031/21	Errichtung des kaufmännischen Bildungsganges „Automobilkauffrau / Automobilkaufmann“ gemäß Anlage A der APO-BK am Lippe Berufskolleg in Lünen zum Schuljahr 2021 / 2022
Punkt 12		Aussetzen von Elternbeiträgen
Punkt 12.1	017/21	Elternbeiträge für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege; Aussetzen der Beitragserhebung für den Monat Januar 2021; Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses
Punkt 12.2	032/21	Elternbeiträge für die Betreuung in der offenen Ganztagschule; Aussetzen der Beitragserhebung für den Monat Januar 2021; Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses
Punkt 12.3	061/21	Aussetzen der Elternbeiträge (DS 017/21 und DS 032/21); Antrag der Fraktionen SPD, CDU und GRÜNE im Kreistag vom 24.02.2021
Punkt 13		Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
Punkt 13.1	041/21	Teilhabe der sachkundigen Bürger*innen an der politischen Willensbildung während der Corona-Pandemie; Anfrage der Fraktion DIE LINKE - UWG Selm vom 04.02.2021
Punkt 13.2	054/21	Kostenlose Corona-Schnelltestung im Kreis Unna; Anfrage der Gruppe FW/Familie vom 17.02.2021

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 14		Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
-----------------	--	--

Öffentlicher Teil

Punkt 1 **Bestellung einer Schriftführerin**

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Silke Schmücker zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 **001/21/1** **Ersatzwahlen zur Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien**

Beschluss

1. Für die Dauer der verbleibenden Wahlperiode des Kreistages werden folgende Ersatzwahlen zur Besetzung von Ausschüssen vorgenommen:

Gremium	Funktion	bisheriges Mitglied	neues Mitglied
Ausschuss für Kultur und Tourismus	stellvertretendes Mitglied für Sandra Dee (sB)	Dr. Hubert Seier	Helmut Rosenkranz (sB)
Jugendhilfeausschuss	ordentliches stimmberechtigtes Mitglied	Klaus Meyer (Ev. Kirchenkreis Unna)	Vivien Duncker (Ev. Kirchenkreis Unna)
	stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied	Vivien Duncker (Ev. Kirchenkreis Unna)	Ralf Lobitz (Ev. Kirchenkreis Unna)
Kreisausschuss	ordentliches Mitglied	Udo Gabriel	Dr. Hubert Seier

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (ohne Beteiligung des Landrates)

2. Für die Dauer der Amtsperiode 2021-2026 des Widerspruchsausschusses der Emschergenossenschaft wird dem Genossenschaftsrat folgende Besetzung vorgeschlagen:

Gremium	Funktion	bisheriges Mitglied	neues Mitglied
Widerspruchsausschuss der Emschergenossenschaft	ordentliches Mitglied	Landrat Michael Maki-olla	Kreisdirektor Mike-Sebastian Janke

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4 Haushalt 2021 - Verabschiedung

Erörterung

Herr Landrat Löhr erläutert kurz den geplanten Ablauf der Beratungen. Er weist darauf hin, dass im Ältestenrat vereinbart worden sei, dass wahlweise Reden zum Haushalt gehalten oder kurze Statements abgegeben werden könnten, auf Wunsch auch vom Platz aus.

Punkt 4.1 Haushaltsreden

Erörterung

Zum Haushalt 2021 trugen Herr Ganzke für die SPD-Fraktion, Herr Pufke für die CDU-Fraktion, Herr Golmann, für die Fraktion GRÜNE im Kreistag, Herr Lütchen für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Klostermann für die FDP-Fraktion, Herr Dr. Seier für die Fraktion DIE LINKE–UWG Selm, Herr Prof. Dr. Hofnagel für die Fraktion GFL+WfU und Herr Stalz für die Gruppe FW/Familie vor. Die Haushaltsreden bzw. Statements zum Haushalt sind der Niederschrift als Anlagen 1-8 beigefügt.

Herr Landrat Löhr ruft anschließend die Anträge zum Stellenplan und zum Haushalt in thematischer Reihenfolge (siehe Liste Anlage 9) zur Beratung auf.

Punkt 4.2.1 043/21 Personelle Verbesserung des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung; Antrag der Fraktion GfL+WfU vom 05.02.201

Erörterung

Herr Hasche erklärt, seitens der Verwaltung sei ein Stellenmehrbedarf im Bereich des Veterinärwesens zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar, insbesondere nicht für Kontrollen landwirtschaftlicher Betriebe. Ob sich durch die Umsetzung von EU-Verordnungen künftig ein solcher Mehrbedarf für den Kreis Unna ergebe, sei noch unklar. Der Bereich sei aber auch bereits mit einem zusätzlichen Veterinärassistenten verstärkt worden. Zudem unterstütze eine Auszubildende die Lebensmittelüberwachung. Er schlage vor, gegebenenfalls kurzfristig und auch unterjährig auf Mehrbedarfe zu reagieren, falls sich diese durch Entscheidungen der Landesregierung ergeben sollten, und formale Änderungen dann im Stellenplan 2022 vorzunehmen.

Herr Prof. Dr. Hofnagel erklärt, seine Fraktion bewerte die Sachlage zum Teil anders, nehme aber zur Kenntnis, dass die Diskussionen im Verlauf des Jahres geführt werden sollten. Man werde sich im Fachausschuss entsprechend einbringen. Der Antrag werde daher zunächst zurückgezogen.

Punkt 4.3.1 003/21 Sanierung des Schulhofs sowie Anschaffung neuer Spielgeräte am Kreis-Förderzentrum Nord in Lünen; Antrag der Fraktion GFL+WfU vom 14.12.2020

Erörterung

Herr Landrat Löhr erläutert, dass die Fraktionen SPD und GFL+WfU sich darauf verständigt hätten, die Drucksachen 003/21 und 0036/21 als gemeinsamen Antrag zum Förderzentrum Nord einzubringen.

Er stellt beide Beschlussvorschläge zusammen zur Abstimmung.

Beschluss

1. Der Landrat wird beauftragt, zeitnah die ordnungsgemäße Instandsetzung des Förderzentrums-Nord, Standort Lünen, anzugehen. Dazu gehören insbesondere:
 - Alle Zuwegungen, der Schulhof, die Schulgärten (derzeit Rasenfreiflächen) und Spielgeräte.
 - Die Klassenräume, Büros und Sozialräume im Altbau.
2. Die Verwaltung stellt dafür 30.000 Euro für diese Maßnahmen in den Haushalt 2021 ein. Die Maßnahmen sollen möglichst frühzeitig umgesetzt werden.
3. Dem Ausschuss für Schule und Bildung wird regelmäßig eine Berichterstattung über den Fortgang der Instandsetzung gegeben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4.3.2 036/21 Instandsetzung des Förderzentrums Nord - Standort Lünen; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2021

Erörterung

siehe Punkt 4.3.1

Punkt 4.3.3 057/21 Änderungs-/Ergänzungsantrag zum Antrag der SPD-Fraktion zur Instandset- zung des Förderzentrums Nord (DS 036/21); Antrag der Fraktion GFL+WfU vom 23.02.2021

Erörterung

Herr Landrat Löhr erklärt, dass man sich im Kreisausschuss darauf verständigt habe, den Antrag zur weiteren Beratung in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen. Er stellt diesen Vorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

Der Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion GFL+WfU zum Antrag der SPD-Fraktion zur Instandsetzung des Förderzentrums Nord (DS 036/21) wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung verwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4.3.4 035/21 Neubau einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt "Geistige Entwick- lung" in Lünen; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2021

Erörterung

Herr Hüppe erklärt, er werde abweichend von der CDU-Fraktion abstimmen und den Antrag ablehnen. Er halte eine weitere Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ für die betroffenen Jugendlichen nicht für vorteilhaft. Zur Begründung verweist er auf die geringe Vermittlungsquote der Abgänger

in den ersten Arbeitsmarkt. Es sei daher an der Zeit, mit den Schulträgern der Regelschulen ein inklusives Konzept zu erarbeiten. Wichtig seien kleinere Klassen; zudem könnte man über eine Schwerpunktschule oder eine völlig inklusive Schule nachdenken. Er werde das im Ausschuss für Schule und Bildung weiter ausführen.

Frau Lange bekräftigt für die FDP-Fraktion, dass man die Diskussion über inklusive Bildung im Fachausschuss führen sollte. Grundsätzlich halte sie aber kleinere Systeme für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ für sinnvoll.

Laut Beschlusslage aus Juni 2020 sollte es für den Bau einer dritten Förderschule ein offenes Standortsuchverfahren geben, und nach ihrem Kenntnisstand lägen auch bereits Vorschläge aus mehreren Kommunen vor. Die FDP-Fraktion wünsche sich ein transparentes, ergebnisoffenes Verfahren zur Auswahl des geeignetsten Standortes und wolle keine vorzeitige Festlegung auf Lünen treffen.

Für die Fraktion GRÜNE im Kreistag skizziert Herr Goldmann die bisherigen Verfahrensschritte aufgrund der von Frau Lange angesprochenen Beschlusslage und bringt seine Verärgerung über den Antrag der SPD-Fraktion zum Ausdruck. Es hätten bereits Gespräche mit verschiedenen Städten stattgefunden; bisher fehle aber die Rückmeldung an die Politik. Er hätte sich gewünscht, alle Rückmeldungen aus den Kommunen zunächst abzuwarten, um dann eine Bewertung der angebotenen Standorte nach objektiven Kriterien vorzunehmen. Zum jetzigen Zeitpunkt eine politische Entscheidung für Lünen zu treffen, halte er nicht für richtig. Seine Fraktion könne sich auch der Argumentation von Herrn Hüppe anschließen, aber dennoch sei der Sanierungsbedarf der bisherigen Standorte dramatisch hoch, so dass nun mit Blick auf die Entwicklung der Schülerzahlen eine Entscheidung getroffen werden müsse.

Auf die Frage von Frau Küpper erläutert Herr Göpfert, dass der Beschluss vom 23.06.2020 zur Standortsuche nicht parallel die Erarbeitung eines inklusiven Konzeptes, wie von Herrn Hüppe gefordert, beinhalte. Man habe im Bearbeitungsprozess inklusive Aspekte mit der Schulaufsicht abgewogen.

Herr Pufke erklärt, dass die CDU-Fraktion schon in der damaligen Diskussion den Standort Lünen für den Nordkreis favorisiert habe. Daher begrüße er den Antrag der SPD-Fraktion. Er beantrage, den Beschlussvorschlag des SPD-Antrags in Ziffer 1 um den Zusatz „auf das Gebiet nördlich der Lippe“ zu ergänzen. Dies sei geographisch als gemeinsamer Standort für Lünen, Selm und Werne angezeigt.

Herr Prof. Dr. Hofnagel spricht sich ebenfalls dafür aus, die Anmerkungen von Herrn Hüppe vertieft im Fachausschuss zu diskutieren. Für die Standortwahl, um die es jetzt gehe, sollte man dennoch keine Zeit verlieren. Dem ergänzenden Antrag von Herrn Pufke könne die Fraktion GFL+WfU nicht folgen; die grundsätzliche Einschränkung auf Lünen befürworte sie aber mit Blick auf die maßgeblichen Schülerzahlen.

Für die SPD-Fraktion bekräftigt Herr Ganzke, dass die Schülerzahlen – 130 bis 140 allein aus Lünen und Selm – zu dem klaren Standortbekenntnis seiner Fraktion für Lünen geführt hätten. Die von Herrn Pufke vorgeschlagene weitere Eingrenzung des Standortes trage seine Fraktion aber nicht mit.

Herr Bangert erklärt, die von Herrn Hüppe angeregte Diskussion sei richtig und wichtig und entspreche einer Forderung auch der Fraktion GRÜNE im Kreistag. Allerdings halte er es nicht für angezeigt, die Qualität von Förderschulen nach der Vermittlungsquote in den ersten Arbeitsmarkt zu beurteilen. Die Aufgabe einer Förderschule mit dem Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“ bestehe neben der beruflichen Qualifikation in einer umfassenden Persönlichkeitsbildung. Auch er befürworte eine Vertiefung des Themas im Fachausschuss.

Herr Landrat Löhr sagt die Behandlung des Themas im Fachausschuss zu.

Herr Dr. Seier spricht sich dafür aus, die Standortsuche im Nordkreis zunächst offen zu halten, auch wenn viele Kriterien bereits für Lünen sprächen.

Herr Landrat Löhr ergänzt, die Stadt Selm habe keinen geeigneten Standort anbieten können; neben Werne und Lünen sei aber unter anderem auch Bergkamen angeschrieben worden. Man habe das Standortsuchverfahren nach Eingang der Anträge zunächst unterbrochen, um die heutige Entscheidung des Kreistages abzuwarten.

Herr Landrat Löhr stellt zunächst den Antrag der Fraktionen GRÜNE im Kreistag und FDP zur Abstimmung, da dieser am weitgehendsten sei.

Punkt 4.3.5 048/21 Neubau einer Förderschule mit dem Schwerpunkt "Geistige Entwicklung" in Lünen; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen GRÜNE im Kreistag und FDP vom 15.02.2021 zum Antrag der SPD-Fraktion (DS 035/21)

Erörterung

siehe Punkt 4.3.4

Beschlussvorschlag

Punkt 1 im Antrag der SPD-Fraktion (Neubau einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ / Drucksache 035/21) ist zu streichen und durch folgenden Punkt 1 zu ersetzen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah eine Analyse aller durch die Kommunen angebotenen möglichen Standorte durchzuführen. Dabei soll das Standortprüfverfahren unter Anwendung objektiver Kriterien durchgeführt werden, um daraus eine Priorisierung vorzulegen, über die in den entsprechenden Ausschüssen berichtet und beraten wird.

In Punkt 2 Folgendes streichen: „...mit der notwendigen Priorität erfolgen und zeitnah...“.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (14 Ja-Stimmen (GRÜNE im Kreistag, FDP, DIE Linke-UWG Selm),
47 Nein-Stimmen (SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
GFL+WfU und LR), 1 Enthaltung (FW/Familie))

Anschließend stellt Herr Landrat Löhr den Antrag von Herrn Pufke zur Abstimmung, den Antrag der SPD-Fraktion unter Punkt 1 hinter „Gebiet der Stadt Lünen“ um „nördlich der Lippe“ zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (19 Ja-Stimmen (CDU, FW/Familie), 43 Nein-Stimmen (SPD, GRÜ-
NE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE-
UWG Selm, GFL+WfU und LR))

Es folgt die Abstimmung der Drucksache 035/21. Auf Antrag von Herrn Goldmann stellt Herr Landrat Löhr die Ziffer 1 des Antrags getrennt von den Ziffern 2 und 3 zur Abstimmung.

Beschluss

Der Landrat wird zur Umsetzung eines Neubaus einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ wie folgt beauftragt:

1. Die Suche nach einem weiteren Standort für den Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ wird auf das Gebiet der Stadt Lünen konzentriert.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (48 Ja-Stimmen (SPD, CDU (17), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (3), DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU) und LR, 13 Nein-Stimmen (CDU (1), GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (1), FDP), 1 Enthaltung (FW/Familie))

2. Durch geeignete administrative und personelle Maßnahmen wird sichergestellt, dass die Standortsuche mit der notwendigen Priorität erfolgen und zeitnah zum Abschluss gebracht werden kann.
3. Dem Ausschuss für Schule und Bildung wird regelmäßig eine Berichtserstattung über den Fortgang der Standortsuche sowie der späteren baulichen Umsetzung gegeben.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (60 Ja-Stimmen (SPD, CDU (17), GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (3), FDP, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU, FW/Familie und LR, 2 Nein-Stimmen (CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Punkt 4.3.6 058/21

Ergänzungsantrag zum SPD-Antrag "Neubau einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" im Stadtgebiet Lünen" (DS 035/21) - Schwimmhalle; Antrag der Fraktion GFL + WfU vom 23.02.2021

Erörterung

Herr Landrat Löhr erklärt, dass man sich in Vorgesprächen auf eine Verweisung dieses Antrages in den Fachausschuss verständigt habe. Er stellt diesen Vorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

Der Antrag der Fraktion GFL+WfU, Drucksache 058/21, wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung verwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4.3.7 034/21

Digitalisierungskonzept für die Kulturangebote des Kreises Unna; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2021

Erörterung

Herr Pufke erklärt, laut bestehender Beschlusslage seit 2014 solle ein umfassendes Kulturkonzept erarbeitet werden. Dazu gehöre selbstverständlich auch die Digitalisierung.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, ein Konzept zur Digitalisierung der Kulturangebote des Kreises Unna zu entwickeln. Dazu gehören unter anderem

- virtuelle Ausstellungsrundgänge
- Streaming von Konzerten, Lesungen und anderen Angeboten
- Mitmachprogramme für Kinder und Jugendliche unter museumspädagogischen Aspekten
- integrierter kreisweiter Veranstaltungskalender mit Online-Buchungssystem.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4.3.8 033/21 Finanzielle Förderung eines kreisweiten Bündnisses für mehr Pflegepersonal in der Altenpflege - Ergänzung des Beschlussvorschlags der Drucksache 225/20; Antrag der SPD- Fraktion vom 30.01.2021

Erörterung

Herr Pufke weist darauf hin, dass der Kreis vielfältige Aufgaben habe, aber trotzdem für andere Bereiche mit Personalmangel, zum Beispiel für die Umsetzung der Nahverkehrs- oder Schienenverkehrsplanung, auch keine Mittel für Personalrekrutierungsmaßnahmen bereitstelle. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag daher nicht zustimmen.

Für die Fraktion GFL+WfU begrüßt Herr Dahlke den Antrag ausdrücklich.

Herr Meyer erinnert daran, dass Herr Zakel bei der Vorstellung des letzten Pflegebedarfsplans darauf hingewiesen habe, dass die Arbeitsgeber im Kreis Unna im Pflegebereich nicht so gut entlohnten wie in umliegenden Kreisen. Daher sehe er in erster Linie die Arbeitgeber in der Pflicht.

Herr Dr. Seier unterstützt für die Fraktion DIE LINKE-UWG Selm die Auffassung der CDU-Fraktion. Man würde gern etwas für das Alten- und Pflegepersonal bewegen, könne aber wegen der Tarifhoheit hier nicht eingreifen. Der Antrag sei eine reine Kampagne, den seine Fraktion nicht mittragen könne.

Herr Ganzke widerspricht entschieden. Es werde Geld zur Verfügung gestellt, um etwas zu bewegen. Gemeinsam mit der AG der Wohlfahrtsverbände habe man vereinbart, als Kreis hier tätig zu werden.

Frau Schneider unterstützt für die Fraktion GRÜNE im Kreistag die Ausführungen von Herrn Ganzke und widerspricht Herrn Pufke. Der NWL kümmere sich auch um die Rekrutierung von Lokführern. Dem Kreis stehe es gut an, sich um Pflegekräfte zu kümmern.

Frau Küpper ergänzt, der Kreis habe sich vor einiger Zeit auch entschieden, Mittel für Medizinstipendien zur Verfügung zu stellen, um Ärzte für den Kreis zu rekrutieren.

Frau Chur äußert ihr Unverständnis über die Diskussion. Der Pflegepersonalmangel sei lange bekannt. Die Pflegekräfte arbeiteten an ihrer Leistungsgrenze. Wer gute Pflege wolle, müsse für mehr Personal sorgen. Bis 2030 würden laut Pflegebedarfsplan 3.600 weitere Pflegekräfte benötigt, und es sei Aufgabe des Kreises, hier tätig zu werden. Dabei lasse man trotzdem Bund und Land nicht aus der Verantwortung.

Herr Goldmann erinnert an eine Veranstaltung auf Haus Opherdicke zu dem Thema mit Minister Laumann, die sowohl die Problematik verdeutlicht habe als auch die Frage, was der Kreis für die Rekrutierung von Pflegepersonal tun könne. Vor diesem Hintergrund enttäusche ihn die Diskussion. Er appelliere an alle Fraktionen, den Antrag zu unterstützen.

Für die FDP-Fraktion erklärt Herr Klostermann, der Pflegenotstand sei eines der großen Probleme, die der Kreis Unna in den kommenden Jahren zu bewältigen habe. Es sei daher richtig, das Themenfeld konzeptionell anzustoßen und sich Gedanken zu machen wie es gelingen könne, die Beschäftigungssituation für Pflegekräfte im Kreis Unna interessanter und wettbewerbsfähiger zu machen.

Beschluss

Der Beschlussvorschlag zur Drucksache 225/20 (Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2020) wird unter Punkt 3 ergänzt:

„Dazu werden in den Haushaltsjahren 2021 und 2022 jeweils 40.000 Euro bereitgestellt, um eine personelle Ausstattung des Bündnisses zu unterstützen.“

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (41 Ja-Stimmen (SPD, GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, GFL+WfU, FW/Familie sowie LR), 21 Nein-Stimmen (CDU und DIE Linke-UWG Selm))

Punkt 4.3.9 038/21 Haushaltsantrag zum Kinder- und Jugendförderplan 2021-2025; Antrag der Fraktionen SPD, GRÜNE im Kreistag und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.01.2021

Erörterung

Herr Landrat Löhr weist darauf hin, dass die Antragssteller einen etwas geänderten Beschlussvorschlag vorgelegt hätten und trägt diesen vor (siehe „Beschluss“).

Herr Pufke dankt für die Klarstellung, da die inhaltliche Diskussion im Jugendhilfeausschuss mit den Verbänden stattfinden solle. Der Bereitstellung der finanziellen Mittel, um die es in diesem Antrag gehe, stimme die CDU-Fraktion zu.

Frau Heinrichsen bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Goldmann in seiner Haushaltsrede und wirbt um Zustimmung zu dem Antrag. Die 260.000 Euro, um die es gehe, seien nur ein kleiner Teil der differenzierten Kreisumlage. Den Mitteln stünden wichtige präventive Leistungen entgegen. Würde man diese streichen, laufe man Gefahr, dass später höhere Kosten entstünden.

Herr Wette erklärt, auch die FDP-Fraktion befürworte die Bereitstellung der Mittel. Zwar habe man schwierige Finanzlagen in den drei Jugendamtskommunen, das sollte aber einer guten Kinder- und Jugendförderung nicht entgegenstehen.

Beschluss

Der Kreistag stellt entsprechend den Ausführungen und der Darstellung in der Drucksache 111/20/1 vom 17.12.2020 und ergänzend zur Drucksache 189/20/1 weitere 195.000 Euro für die Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4.3.10 023/21 Informationskampagne zu Corona-Impfungen; Antrag der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag und FDP vom 30.01.2021

Erörterung

Herr Landrat Löhr bezieht sich auf die vorangegangene Diskussion im Kreisausschuss und unterstreicht, man werde zunächst das Informationsmaterial, das von Landes- und Bundesebene zur Verfügung gestellt werde, nutzen. Mit den beantragten Mitteln wolle man bei Bedarf auf Kreisebene nachsteuern.

Frau Küpper erklärt, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde den Antrag ablehnen. Man habe derzeit nicht den Eindruck, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern ein Informationsdefizit bezüglich der Impfstoffe und Impfstrategie bestehe; vielmehr sei das Thema in aller Munde. Ihre Fraktion halte nichts von einem Vorratsbeschluss, sondern würde diesen Antrag vielmehr dann stellen, wenn sich zeige, dass zusätzliche Maßnahmen tatsächlich erforderlich seien.

Herr Dr. Seier erklärt, auch die Fraktion Die Linke-UWG Selm trage den Antrag nicht mit. Zurzeit gebe es kein Informationsdefizit.

Für die Fraktion GRÜNE im Kreistag gibt Herr Goldmann zu bedenken, dass die derzeitige Impfdiskussion nicht zufriedenstellen könne. Die politisch Verantwortlichen im Kreis sollten fraktionsübergreifend Interesse daran haben, dass sich alle Menschen im Kreis zum eigenen Schutz und zum Schutz Dritter impfen ließen. Es gehe darum, mit einer pfiffigen, sympathischen Kampagne die Impfbereitschaft zu erhöhen.

Herr Klostermann bekräftigt, dass es bewusst um einen Vorratsbeschluss gehe. Man wolle nicht das Gleiche machen wie Land und Bund, und zudem sei mangels Impfstoffs jetzt noch nicht der richtige Zeitpunkt für große Kampagnen. Man wolle gewappnet sein für den Fall, dass Impfstoff vorhanden sei, es aber an der Impfbereitschaft fehle.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, eine kreisweite Corona-Informationskampagne zur Aufklärung und Steigerung der Impfbereitschaft auszuarbeiten und umzusetzen.

Im Haushalt werden 20.000 Euro als finanzielle Mittel bereitgestellt. Die entstehenden Kosten können nach dem COVID-19-Isolierungsgesetz des Landes NRW als coronabedingter Schaden isoliert werden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen

(55 Ja-Stimmen (SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, GFL+WfU, FW/Familie und LR, 7 Nein-Stimmen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE-UWG Selm)

Punkt 4.3.11 039/21

Aus- und Umbau von Radwegen im Kreis Unna;

Antrag der Fraktionen SPD und GRÜNE im Kreistag vom 30.01.2021

Erörterung

Frau Schneider weist darauf hin, dass ihre Fraktion ursprünglich auch mehr Personal für den Bereich des Radwegebaus habe bereitstellen wollen, man ihr aber signalisiert habe, dass das vorhandene Personal in der Bauverwaltung ausreiche. Sie erhoffe sich von dem geplanten Gesetz zur Förderung des Radverkehrs einen Schub für den Ausbau von Radwegen für den Alltagsverkehr.

Herr Landrat Löhr merkt an, dass allein die Bereitstellung von Personal nicht ausreiche. Wichtiger seien Kontakte zu den Grundstückseigentümern. Erfahrungsgemäß sei es daher von Vorteil, die Kommunen in die notwendigen Grundstückskäufe einzubinden. Auch plane er künftig die stärkere Einbeziehung der WFG. Sollten sich diese Maßnahmen nicht als zielführend erweisen, sei er gerne bereit, über mehr Personal nachzudenken.

Herr Stalz erklärt die Unterstützung der Gruppe FW/Familie für den Antrag, da dadurch Grundstückskäufe beschleunigt werden könnten. Entscheidend seien aber insbesondere mehr Fördermittel von Bund und Land für den Radwegebau.

Beschluss

Zur Umsetzung des Aus- und Umbaus von Radwegen wird Folgendes beschlossen:

1. Durch geeignete administrative und personelle Maßnahmen wird sichergestellt, dass die Aufgabenwahrnehmung im Bereich von Planung und Bau von Radwegen mit den Schwerpunktaufgaben, Erwerb von Grundstücken für Verbreiterung und Neubau, sowie die Beantragung von Fördermitteln erheblich schneller und zielgerichteter abgearbeitet werden kann als in der Vergangenheit.
2. Im investiven Bereich werden jährlich 300.000 Euro zum Erwerb von Grundstücken im Vorfeld der projektbezogenen investiven Haushaltsplanung einzelner Radwege im Sinne einer vorausschauenden Flächenbevorratung bereitgestellt.
3. Die durch 1. und 2. anfallenden Kosten sind im Rahmen der daraus anschließenden maßnahmenbezogenen Umsetzungen als Eigenleistungen zu aktivieren.
4. Dem Ausschuss für Mobilität, Bauen und Geoinformation wird jährlich eine Berichterstattung über den Fortgang der Aufgaben im Rahmen einer Ausschusssitzung angeboten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Reduzierung der Ausgleichsrücklage und entsprechende Senkung der Kreisumlage im Zeitraum 2021 bis 2023;
Antrag der Fraktion GfL+WfU vom 18.02.2021**

Erörterung

Herr Kreisdirektor Janke führt aus, er halte für den Kreishaushalt eine Größenordnung von 1% bzw. 5-6 Mio. Euro für die Ausgleichsrücklage für angemessen, um unterjährige Schwankungen ausgleichen zu können. Vor diesem Hintergrund habe man in den vergangenen Jahren in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden die Ausgleichsrücklage planvoll und mit strategischer Weitsicht heruntergeführt und eingeplant. Auch für 2021 habe man 10,5 Mio. Euro aus der Ausgleichsrücklage in den Haushalt eingestellt und dies im Rahmen der Benehmensherstellung eng mit den Städten und Gemeinden abgestimmt. Aus seiner Sicht sei eine weitere zusätzliche Entnahme aus der Ausgleichsrücklage für das Haushaltsjahr 2021 nicht angezeigt. Die schwierigen Jahre der Corona-Pandemie stünden noch bevor, daher sei der Kreis gut beraten, einen gewissen Stand der Ausgleichsrücklage zu halten.

Im Herbst könne man auf der Grundlage des dann feststehenden Jahresabschlusses und der vorliegenden Eckwerte für 2022 mit den Städten und Gemeinden sowie im Kreistag über die Höhe der Entnahme aus der Rücklage für das kommende Haushaltsjahr beraten.

Herr Landrat Löhr übergibt die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Landrat Martin Wiggermann.

Herr Prof. Dr. Hofnagel begrüßt die Ankündigung des Kreisdirektors bezüglich der Überprüfung der Zahlen im Herbst. Dies sei die Intention der Ziffer 2 des Antrags gewesen. Seine Fraktion verzichte daher auf die Abstimmung dieser Ziffer.

Zu Ziffer 1 des Antrags erläutert Herr Prof. Dr. Hofnagel, dass er eine Rücklagenbildung von 43 Mio. Euro insgesamt bei einem umlagefinanzierten Haushalt für zu hoch halte. Mit Blick auf die positive Entwicklung der Ausgleichsrücklage, die noch 2011 nur 3 Mio. Euro betragen habe, und auf die angespannte Finanzsituation in den Kommunen, sollte man jetzt bereits ein Signal senden und die Rücklage um 5 Mio. reduzieren.

Herr Landrat Löhr übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Pufke befürwortet ebenfalls die angekündigte Diskussion über die Höhe der Entnahme aus der Ausgleichsrücklage im Herbst. Ziffer 1 des Antrags trage die CDU-Fraktion nicht mit. Er gehe davon aus, dass durch die Hilfen von Bund und Land in den Kommunen Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet worden seien. Da die Pandemie fortbestehe, rechne er mit diesen Hilfen auch für 2021.

Beschlussvorschlag

Der Kreistag stimmt aufgrund der coronabedingten sich weiter verschärfenden Finanzlage der kreisangehörigen Kommunen bereits im Haushaltsjahr 2021 für eine Rückführung der Ausgleichsrücklage um 5,0 Mio. Euro und senkt in entsprechender Höhe die Kreisumlage für das Jahr 2021. Die entsprechenden Haushaltsansätze sind entsprechend anzupassen. Durch diesen Beschluss werden die kreisangehörigen Städte/Gemeinden bereits im laufenden Jahr finanziell um weiter 5,0 Mio. Euro entlastet.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen

(7 Ja-Stimmen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GfL+WfU), 54 Nein-Stimmen (SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, LR) 1 Enthaltung (FW/Familie))

Nach Abschluss der Beratung der Anträge stellt Herr Landrat Löhr zunächst den Stellenplan und anschließend die Haushaltssatzung mit den beschlossenen Änderungen zur Abstimmung.

Punkt 4.2 190/20/1 Stellenplan für das Jahr 2021

Beschluss

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 wird als Anlage zum Haushaltsplan in der eingebrachten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4.3 189/20/1 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021; Änderungen des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden

Erörterung

Herr Kreisdirektor Janke fasst zusammen, dass sich der Satzungsentwurf durch die gefassten Beschlüsse um einen Betrag von 67.319 Euro verändere. Der Hebesatz der Allgemeinen Kreisumlage betrage 36,10 Prozentpunkte, entsprechend einem Plus von 0,01 Prozentpunkten und einer Zahllast von 243.022.880 Euro. Die differenzierte Kreisumlage steige aufgrund der Beschlüsse um 195.000 Euro auf 28.845.814 Euro. Der Hebesatz betrage 32,90966 Prozentpunkte, was einem Plus von 0,22247 Prozentpunkten entspreche.

Herr Landrat Löhr stellt die Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen durch die beschlossenen Anträge zur Abstimmung.

Beschluss

Die Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2021 wird einschließlich Ergebnisplan und Finanzplan mit den in der Sitzung beschlossenen Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf einschließlich der sich dadurch ergebenden Änderungen des Zahlenwerks beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 5 009/21 Beteiligung des Kreises Unna an der VIRTEUM gGmbH

Erörterung

Herr Goldmann kritisiert, dass mit dem vorgeschlagenen Beschluss das Prinzip, die drei kulturellen Säulen des Kreises, Schloss Cappenberg, Haus Opherdicke und die Neue Philharmonie zu unterstützen, verlassen würde. Bislang habe man Kultur als vornehmlich kommunale Aufgabe gesehen, in die sich der Kreis nicht einmischen sollte. Bei VIRTEUM gehe es zunächst um die Geschichte Selms, wie aus den Gründungsmitgliedern ersichtlich sei. Die Drucksache lasse mehr Fragen offen, als sie zufriedenstellend beantworte. So sei noch keine Projektskizze erkennbar, insbesondere kein museumspädagogisches Konzept. Die Beteiligungsrechte des Kreises seien marginal. Es sei auch nicht klar, wer mögliche finanzielle Verluste trage. Im Falle einer Auflösung fließe das Geld nicht an die Kommunen zurück, sondern an den Hauptgesellschafter.

Welche Rolle dem Kreis zgedacht sei, könne er nicht erkennen. Er hoffe, dass sich einige dieser Fragen in der Diskussion noch klären ließen.

Herr Wette erklärt, die FDP-Fraktion werde der Beteiligung des Kreises Unna an der VIRTEUM gGmbH nicht zustimmen. Seine Fraktion stehe für das bekannte 3-Säulen-Modell der Kultur im Kreis und fördere keine Einzelprojekte in den Städten. Die Ausführungen des Kreisdirektors im Kreisausschuss, dass der Museumsstandort Schloss Cappenberg durch die Gesellschaft besonders berücksichtigt werde, spiegele sich im Sachbericht der Drucksache nicht wider. Hier sei vielmehr von der Entwicklung von Stadt und Wirtschaft in Selm die Rede.

Herr Landrat Löhr weist darauf hin, dass man soeben im Rahmen der Haushaltsdiskussion die prekäre finanzielle Situation der Kommunen aufgrund der Pandemie-Lage thematisiert habe. Die Kultur sei aus seiner Sicht aber ein wichtiger Faktor. Es sei an der Zeit, dass die kulturellen Angebote in den einzelnen Kommunen kreisweit bekannt würden. Der Kreis könnte hier in Abstimmung mit den Kommunen eine ganz andere Rolle übernehmen.

Herr Wette regt vor diesem Hintergrund an, zunächst über ein neues Kulturkonzept insgesamt zu diskutieren, und nicht vorab über die Bereitstellung von Mitteln für eine Einzelmaßnahme zu entscheiden.

Herr Löhr erläutert das Projekt und die Hintergründe. Insbesondere beinhalte dieses die Möglichkeit, rund 600.000 Euro Landesförderung zu erhalten. Die Eigenanteile, die gestemmt werden müsste, seien sichergestellt. Die Konzeption könne inhaltlich noch ausführlich im Fachausschuss vorgestellt werden.

Herr Pufke unterstützt die Ausführungen des Landrates und befürwortet die Fördermöglichkeiten. Die CDU-Fraktion werde der Beteiligung zustimmen. Dennoch spreche sich auch seine Fraktion für die Erstellung des umfassenden Kulturkonzeptes aus.

Frau Küpper erklärt, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde der Beteiligung nicht zustimmen. Sie stelle sich die Frage, ob die Themenauswahl der Gesellschaft noch zeitgemäß sei. Feldherr Barbarossa sei umstritten.

Herr Löhr erläutert die Hintergründe der Themenauswahl. Es gebe in allen Städten kulturelle Schätze, die es zu heben gelte. Hier müsse der Kreis mehr in die Verantwortung. Er setze hier wie auch in anderen Bereichen auf eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit, um Prozesse zu beschleunigen.

Frau Schneider erklärt, wenn die interkommunale Zusammenarbeit und eine grundsätzlich andere Aufstellung die Zielsetzungen seien, könne ihre Fraktion der Beteiligung zustimmen.

Herr Prof. Dr. Hofnagel begrüßt das Einlenken der Fraktion GRÜNE im Kreistag und befürwortet, dass sich der Kreis im Bereich der Kulturförderung anders aufstellen wolle. Die Diskussion darüber sollte im Fachausschuss geführt werden. Die Fraktion GFL+WfU werde der Beteiligung an der VIRTEUM gGmbH zustimmen.

Beschluss

1. Der Kreis Unna beteiligt sich mit einem Geschäftsanteil von 4.000 € an der VIRTEUM gGmbH.
2. Dem als Anlage zur Drucksache 009/21 beigefügten Gesellschaftsvertrag wird zugestimmt. Gleichzeitig wird bereits jetzt Änderungen zugestimmt, die ggf. noch im Rahmen des kommunalaufsichtlichen Anzeigeverfahrens oder der notariellen Beurkundung erforderlich werden, solange diese die wesentlichen Re-

gelungen des Gesellschaftsvertrags nicht verändern.

3. Für die Dauer der Wahlperiode des Kreistages wird Herr Kreisdirektor Mike-Sebastian Janke als ordentliches Mitglied in die Gesellschafterversammlung der VIRTEUM gGmbH entsandt.
4. Der Landrat wird beauftragt, das kommunalaufsichtliche Anzeigeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (52 Ja-Stimmen (SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU und LR, 6 Nein-Stimmen (FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Punkt 6 014/21 Fortführung der Beteiligung der VBU-Gruppe am MVA Hamm-Verbund ab dem 01.01.2023

Beschluss

1. Die Ergebnisse der in 2019 und 2020 geführten Verhandlungen zur Weiterentwicklung des MVA-Hamm-Verbundes werden zur Kenntnis genommen. Der im Sachbericht der Drucksache 014/21 dargestellten Übertragung von Teilgeschäftsanteilen an den MVA-Gesellschaften von der VBU auf die entsprechenden Partnerunternehmen der Kreise Soest und Warendorf (EVB/BGS und AWG/AWG Kommunal) wird zugestimmt.
2. Die Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien der VBU-Gruppe sowie des MVA Hamm-Verbunds werden beauftragt, den dargestellten notwendigen Umsetzungsmaßnahmen sowie allen übrigen zur Erreichung des Zielmodells notwendigen Schritten zuzustimmen.
3. Der Landrat wird beauftragt, das kommunalaufsichtliche Anzeigeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 025/21 Übertragung des öffentlichen Teils der Kreistagssitzungen per Live-Stream

Der Bericht des Landrates über die Möglichkeiten einer Online-Übertragung der öffentlichen Kreistagssitzungen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7.1 026/21 Konzept zur Online-Übertragung der öffentlichen Kreistagssitzungen; Antrag der Fraktionen GRÜNE im Kreistag und FDP vom 27.01.2021

Beschluss

1. Der Landrat wird gebeten, bei den Kreistagsmitgliedern und bei den betroffenen Beschäftigten der Kreisverwaltung anzufragen, ob diese einer Live-Übertragung des öffentlichen Teils der Kreistagssitzungen (Ton/Video) zustimmen würden und die Ergebnisse der Abfrage anschließend anonymisiert vorzulegen.
2. Der Landrat wird des Weiteren gebeten, unter Zugrundelegung der Abfrageergebnisse ein Konzept zur Online-Übertragung der öffentlichen Sitzungen des Kreistages zu erstellen. Dabei sollen technische und rechtliche Voraussetzungen sowie Datenschutzaspekte erarbeitet werden.
3. Das Konzept wird in einer weiteren Sitzung des Kreistages zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Erörterung

Herr Landrat Löhr stellt den ergänzten Beschlussvorschlag (vgl. TOP 4.3.8) zur Abstimmung.

Beschluss

1. Der der Drucksache 225/20 als Anlage 1 beigefügte verbindliche Pflegebedarfsplan 2020 nach APG NRW wird beschlossen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die bedürfnisorientierte, sozialräumliche Strategie des Kreises Unna mit Sozialplanung und Vernetzung verantwortlicher Personen aus den relevanten Bereichen von Wohnen bis Pflege fortzuführen, um die soziale, gesundheitliche und pflegerische Infrastruktur gleichermaßen von präventiv und ambulant zu teilstationär und vollstationär zu stärken.
3. Auf Grund des gerade in der aktuellen Corona-Pandemie besonders negativ spürbaren Personalmangels in der Altenpflege und eines absehbar drohenden chronischen Personalnotstandes und der damit verbundenen Gefährdung der Versorgungsqualität insgesamt – auch im ambulanten Bereich – wird empfohlen, dass sich der Kreis Unna an einem breiten kreisweiten Bündnis für Pflegepersonal in der Altenpflege aktiv beteiligt. Dazu werden in den Haushaltsjahren 2021 und 2022 jeweils 40.000 Euro bereitgestellt, um eine personelle Ausstattung des Bündnisses zu unterstützen.
4. Es besteht bis 2023 (Zieljahr für die Pflegebedarfsplanung 2020 nach APG-NRW) Bedarf an 336 neuen Pflegeheimplätzen i.S. SGB XI, verteilt auf sieben kreisangehörige Kommunen (s. Tabelle), zusätzlich zu den 195 Plätzen, die sich bereits in der Bauphase befinden bzw. geplant werden und bereits eine positive Bedarfsbestätigung erhalten haben bzw. in die Pflegebedarfsplanung aufgenommen wurden (s. Tabelle). Diese 336 zusätzlichen Pflegeheimplätze sind öffentlich auszuschreiben im Sinne § 27.1 der Änderungsverordnung zur Durchführungs-VO zum Alten- und Pflegegesetz NRW (Text der Bedarfsausschreibung und Auswahlkriterien s. Anlage). Dem Wunsch der Stadt Lünen, besonders geeignete stationäre Pflegeheimplätze für Demenzkranke bei der Bedarfsausschreibung und dem Auswahlverfahren zu berücksichtigen, wird entsprochen.
5. Der Bedarf an kreisweit 372 zusätzlichen Tagespflegeplätzen wird ausgeschrieben im Sinne der o.a. Landesverordnung (s. Anlage). Mit der Versorgungsquote von 3% Plätzen für die 80jährige und ältere Bevölkerung sollen eine quantitativ gleichmäßige bedarfsgerechte örtliche Versorgung sichergestellt werden und entsprechende Anreize gegeben werden. Der Landrat wird beauftragt, eng mit den kreisangehörigen Kommunen zur Realisierung des Bedarfes auch durch Schaffung geeigneter Baugrundstücke und Umbaumöglichkeiten hinzuwirken. Zur Verteilung auf die kreisangehörigen Kommunen s. entsprechende Tabelle „Bedarf an Tagespflegeplätzen 2023“.
6. Der Landrat wird beauftragt, weiterhin an dem Ziel zu arbeiten, die langfristige Angleichung der realen Versorgungsquoten sicherzustellen, mit Abbau festgestellter lokaler Unterversorgung und möglichst auch mit Abbau lokaler Überversorgung, unter Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten, wodurch eine evtl. Abweichung von der kreisweiten Versorgungsquote mit vollstationären Dauerpflegeplätzen (derzeit: 14,5% Plätze bezogen auf die Zahl der 80jährigen und älteren Menschen) örtlich begründbar sein kann (vergleiche Tabelle „Vergleich an Angeboten und Versorgungsquoten – Entlastungswerte“ und Tabelle „Bedarf an Pflegeheimplätzen 2023“).
7. Weiterhin ist sehr hoher Bedarf an solitären Kurzzeitpflegeplätzen festzustellen. Die strukturellen Finanzierungsprobleme der solitären Kurzzeitpflegeeinrichtungen bestehen immer noch. Die im Bundestag Dezember 2019 eingebrachten Anträge zur Lösung der Probleme wurden an den Gesundheitsausschuss weitergeleitet. Ergebnisse sind bislang nicht bekannt. Die Mitglieder des Kreistages unterstützen daher die fortzusetzenden Bemühungen des Landrates gegenüber dem Bundestag mit

dem Ziel, die in der Pflegeversicherung grundsätzlich nicht ausreichend ausgestattete solitäre Kurzzeitpflege finanziell auskömmlich abzusichern.

8. Für die Pflege- und Demenz-Wohngemeinschaften wird eine Versorgungsquote von mindestens 2%-Plätzen bezogen auf die 80jährige u. ä. Bevölkerung mit einem notwendigen Zuwachs von 245 Plätzen kreisweit als bedarfsgerecht angesehen (vergleiche Tabelle). Der Landrat wirkt daran mit, dass im Vergleich unterversorgte Kommunen den erforderlichen Zuwachs verzeichnen können.
9. Es besteht weiterhin Bedarf an zusätzlichen Service-Wohnungen für Seniorinnen und Senioren – eine Versorgungsquote von mindestens 4% bezogen auf die 65jährige und ältere Bevölkerung wird als bedarfsgerecht angesehen. Der Landrat wirkt daran mit, dies verteilt auf sämtliche Kreiskommunen umzusetzen und dass so bis 2023 möglichst mindestens 1.598 zusätzliche Service-Wohnungen entstehen zu den bereits geplanten 112 Wohneinheiten (vergleiche Tabelle).

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 9 223/20 Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen; Abschluss einer Vereinbarung

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, eine Vereinbarung mit den Städten (Kamen, Bergkamen, Lünen, Schwerte) und den Trägern der ortsansässigen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen (AWO Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems für Lünen und Bergkamen, Diakonie Ruhr-Hellweg e. V. für Kamen und Diakonie Schwerte für Schwerte) über die Gewährung von freiwilligen jährlichen Zuschussleistungen abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 10 030/21 Errichtung des kaufmännischen Bildungsganges „Fachlageristin / Fachlagerist“ gemäß Anlage A der APO-BK am Lippe Berufskolleg in Lünen zum Schuljahr 2021 / 2022

Beschluss

Zum Schuljahr 2021 / 2022 wird im dualen System der zweijährige Bildungsgang „Fachlageristin / Fachlagerist“ gemäß Anlage A der APO-BK einzügig am Lippe Berufskolleg des Kreises Unna in Lünen errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 11 031/21 Errichtung des kaufmännischen Bildungsganges „Automobilkauffrau / Automobilkaufmann“ gemäß Anlage A der APO-BK am Lippe Berufskolleg in Lünen zum Schuljahr 2021 / 2022

Beschluss

Zum Schuljahr 2021 / 2022 wird im dualen System der dreijährige Bildungsgang „Automobilkauffrau / Automobilkaufmann“ gemäß Anlage A der APO-BK einzügig am Lippe Berufskolleg des Kreises Unna in Lünen errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 12 Aussetzen von Elternbeiträgen

Punkt 12.1 017/21 Elternbeiträge für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege; Aussetzen der Beitragserhebung für den Monat Januar 2021; Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses

Beschluss

Folgender, am 26.01.2021 von Herrn Landrat Mario Löhr und dem Kreisausschussmitglied Marco Morten Pufke gemäß § 50 Abs. 3 Satz 4 der Kreisordnung NRW (KrO) im Wege äußerster Dringlichkeit gefasster Beschluss wird genehmigt:

Die Erhebung von Elternbeiträgen auf der Grundlage der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege wird im und für den Zeitraum Januar 2021 ausgesetzt. Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Betreuung in Anspruch genommen wird.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 12.2 032/21 Elternbeiträge für die Betreuung in der offenen Ganztagschule; Aussetzen der Beitragserhebung für den Monat Januar 2021; Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses

Beschluss

Folgender, am 09.02.2021 von Herrn Landrat Mario Löhr und dem Kreisausschussmitglied Marco Morten Pufke gemäß § 50 Abs. 3 Satz 4 der Kreisordnung NRW (KrO) im Wege äußerster Dringlichkeit gefasster Beschluss wird genehmigt:

Die Erhebung von Elternbeiträgen auf der Grundlage der Satzung des Kreises Unna für die Inanspruchnahme von Angeboten gemäß § 9 SchulG in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerschulische Ganztags- und

Betreuungsangebote im Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2) wird für den Zeitraum vom 01. Januar bis zum 31. Januar 2021 ausgesetzt. Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Notbetreuung in Anspruch genommen worden ist.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 12.3 061/21 Aussetzen der Elternbeiträge (DS 017/21 und DS 032/21); Antrag der Fraktionen SPD, CDU und GRÜNE im Kreistag vom 24.02.2021

Beschluss

Vorbehaltlich einer landesrechtlichen Regelung, die eine hälftige Übernahme der Elternbeiträge durch das Land NRW vorsieht, beschließt der Kreistag die vollständige Aussetzung einer Erhebung von Elternbeiträgen für den Monat Februar von

- Angeboten zur Förderung von Kindertagespflege gemäß §§ 22, 23 und 24 SGB VIII (KJHG) sowie §§ 1 Absatz 1, 3, 4, 13, 17 KiBiz,
- Angeboten zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen gemäß §§ 22, 22a und 24 SGB VIII (KJHG) sowie § 1 Absatz 1, 3, 13 ff KiBiz,
- Angeboten gemäß § 9 SchulG in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerschulische Ganztags- und Betreuungsangebote im Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr.2).

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 13 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 13.1 041/21 Teilhabe der sachkundigen Bürger*innen an der politischen Willensbildung während der Corona-Pandemie; Anfrage der Fraktion DIE LINKE - UWG Selm vom 04.02.2021

Erörterung

Dr. Seier bedankt sich für die Antwort (siehe Anlage zur Drucksache). Über die Bereitstellung von Mitteln für Tablets für die sachkundigen Bürger*innen wolle man zunächst noch innerhalb der Fraktion diskutieren.

Punkt 13.2 054/21 Kostenlose Corona-Schnelltestung im Kreis Unna; Anfrage der Gruppe FW/Familie vom 17.02.2021

Erörterung

Herr Landrat Löhr erklärt, da die Anfragensteller nicht mehr anwesend seien, werde die Antwort schriftlich erfolgen.

(Hinweis der Schriftführerin: Aufgrund der knappen Informationslage erfolgte die Beantwortung zunächst telefonisch. Herr Hasche beabsichtigt, in der Kreistagssitzung am 23.03.2021 aktuell zum Thema „Schnelltests“ zu informieren. Der Niederschrift ist der Corona-Bericht mit Stand 25.02.21 beigelegt (Anlage 10)).

Anlagen

- 1.-8. Reden und Statements zum Haushalt 2021 der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE – UWG Selm, GFL+WfU und der Gruppe FW/Familie
9. Übersicht über die Anträge der Fraktionen zum Haushalt
10. Corona-Bericht, Stand 25.02.2021

gez. Silke Schmücker
Schriftführerin

gez. Mario Löhr
Vorsitzender